Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 15 (1925)

Heft: 47

Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Es entstand nunmehr ein Gemurmel, aus welchem Dr. Regenz in gewollt zerstreuter Haltung und doch mit angestrengtesten Sinnen eine allgemeine Zustimmung entnehmen konnte. Es war nicht das erstemal, daß er und Pfarrer von Arndt verschiedener Meinung waren. Sie waren sogar schon recht scharf aneinander geraten und nur dem immer wieder schlichtenden Sinne des Pfarrers war es zu verdanken, daß bei dem hitzigen Naturell von Dr. Regenz ernstliche Streitigkeiten vermieden werden konnten.

Nun erhob sich Bankdirektor Amstedt, ein mittelgroßer, kräftiger Herr, der die Sechzig wohl längst überschritten haben mochte. Dichtes Haupthaar und ein kurzgeschnittener, voller Bart, beides von schneeweißer Farbe, gaben dem Kopfe mit den scharf geschnittenen Gesichtszügen ein eigenartig charakteristisches Gepräge. Herr Amstedt war in weiten Kreisen geschätzt wegen seinem untrüglichen Scharfblick. Ein schöner Idealismus verlieh ihm die Fähigkeit, mit der Jugend zu verkehren und oft sah man ihn in den Straßen des Städtchens von einem Rudel Buben und Mädels umgeben, mit denen er köstliche Wortgeplänkel führen konnte.

„Meine Herren, gestatten Sie mir, der Ansicht des Herrn Pfarrers aufs wärmste zuzustimmen. Meines Erachtens wäre es ein großer Fehler, die Denyse Lauber durch Verachtung zu strafen. Erstens ist, wie schon erwähnt, der Denyse persönliches Verschulden nur gering, da andere Einwirkungen und Umstände, die Jahre zurück datieren, eine früher oder später ausbrechende Katastrophe bedingten. Zudem würde das junge Mädchen den Zweck und Sinn der Sonderstellung nicht erfassen und die Verachtung seiner Mitschülerinnen wäre entschieden schädlichstes Gift für die junge Menschenseele. Zeit ihres Lebens würde sie den unheilvollen Eindruck nicht vergessen und was daraus resultieren könnte, ist nicht abzusehen.

Ich ersuche die Herren, eventuelle gegenteilige Ansichten zu äußern. In negativem Falle bitte ich Herrn Dr. Regenz, Nummer 1 des Exposés als erledigt zu betrachten im Sinne des Antrages von Herrn Pfarrer von Arndt.

Ferner möchte ich noch Herrn Dr. Wendler meine volle Sympathie aussprechen für sein taktvolles Vorgehen in Sache Aufzeichnungen der Denyse. Ich hätte ebenso gehandelt, um zweckloses Breittreten kompromittierender Dinge zu verhüten."

So —, diese Rehabilitierung des jungen, tüchtigen Lehrers war die Schulkommission diesem schuldig gewesen. Ein aufleuchtender Blick in dessen Augen war Dank genug. Dr. Regenz übertrieb wirklich die unfeine Art und Weise, die Untergebenen seine Macht fühlen zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der politischen Woche.

Frankreich.

Der Kompromiß in der Finanzsanierung ist, wie zu erwarten war, in letzter Stunde zustande gekommen. Painlevé wehrte sich anfänglich, von seinem Projekt irgend welche Abstriche zu machen und schien gewillt, eine Prestigefrage daraus zu machen. Es bedurfte des persönlichen Eingreifens Malvys, um ihn herum zu kriegen. Dann machte Loucheur, der ehemalige Finanzminister, einen plötzlichen Vorstoß mit einem Gegenprojekt, aus dem man in der Folge auch den wertvollsten Punkt in das abgeänderte Projekt aufnahm; und endlich tauchte noch ein Projekt Poincaré auf, das den Franzosen eine Staatslotterie als Deus ex machina vorzaubert. Es wurde heiß gerungen um die vielen Projekte und Meinungen, bis die Einigung unter den Fraktionen des Linkskartells zustande kam. Diese sichert dem Projekt die Annahme in der Kammer. Noch ungewiß ist die Situation im Senat. Doch wird man es auch hier kaum auf einen Kampf im gegenwärtigen Momente ankommen lassen.

Worin besteht nun der Kompromiß? Einmal haben die Sozialisten die Herabsetzung der Inflation von 10 Millionen auf 1½ Millionen durchgesetzt; dann erzwangen sie eine Art Moratorium gegenüber den sogenannten langfristigen Schatzbons, d. h. diese Papiere werden zwangsmäßig konvertiert und einer Besteuerung unterzogen. Dagegen ist die Vermögensabgabe nicht im Sinne der sozialistischen Vorschläge — als Beteiligung des Staates an den industriellen Unternehmungen — zustande gekommen; man begnügt sich mit einer einfachen Besteuerung der Gewinne, die immerhin den Staat noch tief genug in die Privatproduktion hinein blicken und kontrollieren lassen wird.

Ueber diese Auswirkungen der Reform, falls diese zustande kommen sollte, ist man noch im Ungewissen.

Eben haben die Verhandlungen über die Regelung der französischen Schulden an England und Amerika auf der von Caillaux geschaffenen Basis wieder begonnen.

Italien.

Leichter als in Frankreich scheint das Regieren gegenwärtig in Italien zu sein. Dort geht alles wie gewünscht, sogar das Schuldenzahlen. Die Amerikaner haben mit der italienischen Finanzdelegation unter Graf Volpi ein Abkommen geschlossen, das als besonders günstig bezeichnet werden darf.

Die Zahlungsfähigkeit Italiens wurde von den Amerikanern als schwach bezeichnet — weil dieses Land nicht einträgliche Kolonien besitze wie England, Frankreich und Belgien — und die Schuldverpflichtung auf bloß 80 Prozent der wirklichen Schuldsumme angesetzt, die nach einem fünfjährigen Moratorium, bei ganz minimaler Verzinsung (maximal 2 Prozent), in 62 Jahren abzutragen ist.

Man frägt sich verwundert, wie Italien nach den Ereignissen der letzten 14 Tage, die den Vulkancharakter des italienischen politischen Bodens in ein helles Licht rückten, in Washington so günstige Bedingungen erhalten konnte. Glauben die Amerikaner an den Bestand des fascistischen Regimes? An seine wirtschaftliche Tragkraft? Das Abkommen bejaht die Frage. Mussolini hat seinen größten Erfolg zu registrieren, den er bis heute errungen.

Die Kammer ist ganz unvermutet früh, auf den 17. November, angesetzt worden. Das hat die Opposition überrascht; sie hatte nicht Zeit, sich zu einigen. Angesichts der Erfolge Mussolinis und des Eindruckes des Komplottes wäre die Einigung auch eine schwierige Sache gewesen. Denn die Popolari — katholische Volkspartei — war längst reif zum Abfall, und sie hat auch die Bereitschaft zum Anschluß an die Fascisten wiederholt erklärt; sie wird wieder in den Montecitorio einziehen. Was wird aus dem Rest der Opposition, die auf dem Aventin verharrt, geschehen. Drohend ziehen sich die Wolken eines fascistischen Racheungewitters über ihren Köpfen zusammen. Farinacci will sie unter Anklage stellen; wie verlautet, hat er bereits eine Anklageschrift zusammengestellt, die ihre Mitschuld am Komplott beweisen soll. Vae victis!

Die Unterdrückung der Oppositionspresse geht weiter. Der „Corriere della Sera", das größte und einflußreichste Preßorgan Italiens, ist von einer fascistischen Finanzgruppe „aufgekauft" worden. Senator Albertini, der bisherige Leiter und Besitzer und Gegner Mussolinis, einer der fähigsten Köpfe Italiens, ist zurückgetreten, wie man sagt gegen eine Abfindung von 50 Millionen Lire. Nun, da kann er es sich wohl sein lassen. Diese Nachricht wird heute dementiert. Man wird abwarten müssen.

Auch die Verhaftungen gehen weiter. Interessieren mag, daß General Peppino Garibaldi und sein Bruder, beides Enkel des großen italienischen Freiheitshelden, gefangen genommen wurden. Peppino soll Führer der antifascistischen Bewegung in Frankreich sein. Mit dieser Verhaftung werden die liberal-patriotischen Kreise Italiens empfindlich getroffen. Die Fascisten müssen sich wirklich stark fühlen, daß sie diese Herausforderung wagten.

Die Kammereröffnung soll zum Triumphtag für Mussolini werden. Zu den 24,000 Sympathiezuschriften, zu den

zahllosen Eintrittsgesuchen in die fascistische Partei, wird der theateralisch-pompöse Eröffnungsakt kommen: Mussolini an der Seite des Königs, umjubelt von einem Parlament im Schwarzhemd, das mit Akklamation das Dekret über die Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit des Königs und seines Premiers und über die Bestrafung aller Beleidigungen der beiden mit Zuchthaus bis zu 30 Monaten annehmen wird. Die katholische Kirche wird kaum noch lange zögern, Mussolini anzuerkennen; denn der Amerika-Erfolg dürfte sie überzeugen von seiner Macht auch in Finanzsachen, was Grund genug zum Einlenken des Heiligen Stuhles sein dürfte. So kann Mussolini wohl auch auf die Heiligsprechung durch den Past rechnen, nachdem ihn das italienische Volk schon jetzt abgöttisch verehrt.

Mit der Lösung des jugoslavischen Konfliktes darf der Duce zufrieden sein. Der südslavische Botschafter in Rom hat sich in den Palazzo Chigi begeben und Mussolini das lebhafte Bedauern seiner Regierung über die Zwischenfälle im Anschluß an die Verbrennung der slowenischen Druckerei „Edinost" in Triest durch Fascisten ausgedrückt. Die Sachschäden werden vergütet, die Polizeichefs von Agram und anderen Städten, deren Tätigkeit sich unzureichend erwiesen haben, werden abgesetzt usw. Die Verbrennung der italienischen Fahne ist also gesühnt. Nicht gesühnt ist die Gewaltat der Fascisten in Triest und die Beleidigung des südslawischen Nationalbewußtseins durch diese Tat.

Deutschland.

Der Botschafterrat hat dem deutschen Botschafter in Paris die Note übergeben, die nun formell die Räumung der Kölner Zone ab 1. Dezember bis zum 1. Februar festlegt. Die Note setzt auch Erleichterungen im Besetzungsregime der Rheinlande fest; sie gesteht Deutschland das Recht der Wiedereinsetzung eines deutschen Kommissärs in den rheinischen Gebieten zu und verspricht Verminderung der Besatzungstruppen und Amnestie für gewisse Vergehen, wenn Gegenseitigkeit geübt werde.

Das sind nun die „Rückwirkungen", die Luther von Locarno mitbrachte, mindestens ein Anfang davon. Dieser Begriff spielt in der gegenwärtigen deutschen Innenpolitik eine wichtige Rolle. Von der Auswirkung der mündlichen Versprechungen, die Briand und Chamberlain den deutschen Delegierten als Douceurs für die nicht zugestandenen deutschen Forderungen mit auf die Heimreise gaben, machten einige Parteien ihre Stellungnahme zu den Locarner Verträgen abhängig. Luther und Stresemann betonten in allen ihren Reden, daß diese Rückwirkungen ein sine qua non ihres Vertrauens zu den Paktpartnern darstellten. Nun werden die Parteien sich darüber aussprechen müssen, ob die Note des Botschafterrates ihren Erwartungen gerecht wird oder nicht. Die Partei Stresemanns, die Deutsche Volkspartei, hat dies bereits in bejahendem Sinne getan. Die Deutschnationalen hingegen haben wieder Nein gesagt. Sie vermissen die Verkürzung der Besetzung der Rheingebiete und der Abstimmungsfrist für das Saargebiet und anderes mehr. Inzwischen rückt der 1. Dezember und damit die Entscheidung über Locarno heran. Deutschland steht vor einem hochbedeutsamen Scheideweg: Friede hier — Revanche dort. Welchen Weg wird es gehen?

England.

Ein Unglücks-Ereignis hat dieser Tage die englische Oeffentlichkeit in Aufregung und Trauer versetzt. Eines der U-Boote der Unterseeflotte kehrte von einer Ausfahrt nicht mehr zurück. Man mußte ein Unglück befürchten und stellte sofort Nachforschungen an, die nach einigen Tagen von Erfolg gekrönt wurden. Man fand das Boot gesunken auf dem Meeresgrunde liegen; eingeschlossen und wahrscheinlich elendiglich erstickt stecken im eisernen Riesensarge 64 Matrosen und Offiziere. Fieberhaft wird an der Hebung des Bootes gearbeitet. Es wäre ja nicht ausgeschlossen, daß die Mannschaft noch am Leben ist. Doch die Kunst der englischen Taucher und Hebeeinrichtungen versagt. Nun haben die deutschen Seebehörden einen Spezialapparat mit besonders großem Tiefenradius zur Verfügung gestellt, und die Engländer haben das Anerbieten dankend angenommen. Der Apparat wurde von einem der schnellsten britischen Zerstörer, dem „Wolfshund", aus Wilhelmshaven geholt und an Ort und Stelle in Tätigkeit gesetzt. Vier deutsche Taucher kamen mit, um, ausgerüstet mit einer neuen Taucherausrüstung, in die Tiefe zu tauchen und den genauen Standort des Bootes festzustellen. Auch wenn die Männer Erfolg haben bei ihrer gefährlichen Arbeit, werden die Hebearbeiten mehrere Tage in Anspruch nehmen. An eine Rettung der Gesunkenen kann man leider unter diesen Umständen nicht mehr glauben.

Das Unglück hat in englischen Kreisen spontan eine Bewegung gegen das Unterseeboot als Kriegswaffe ausgelöst. Abschaffung sämtlicher Unterseeboote auf Grund einer internationalen Uebereinkunft wird vom Präsidenten der Lloyd-Gesellschaft vorgeschlagen. Ein gleicher Vorschlag wurde schon an der Washingtoner Konferenz von der britischen Delegation gemacht. Die Delegation hatte damals erklärt, Großbritannien als Besitzerin der größten und wahrscheinlich wirksamsten U-Bootflotte der Welt sei bereit, diese Flotte zu zerstören, wenn die anderen Mächte dies auch täten. Sollte dieser erste Vorstoß für die Abrüstung zur See wirklich zum Ziele führen, dann wären die 64 Männer für eine große Sache gestorben, dann müßte man ihnen als Befreier der Menschheit von der Geißel des grausamsten aller Kriege, des Unterseebootskrieges, ein Denkmal errichten.

Rußland.

Das Ableben des Kriegskommissärs Frunse, das Ende Oktober erfolgte, ist für die russische Außenpolitik von großer Bedeutung. Der russisch-rumänische Gegensatz war durch Frunse, der aus der Moldau stammte, bewußt genährt worden. Er forderte die Zurückeroberung Bessarabiens und schliff zu diesem Zwecke das Schwert der roten Armee. Als Feind der Randstaaten hätte er seine Truppen wohl auch gegen diese geführt. Einer friedlicheren Politik steht nun dieser Mann der Gewalt nicht mehr im Wege. Auch Rußland dürfte sich innerlich schon für Locarno und den Völkerbund entschieden haben, weil der andere Weg die völlige Isolierung von Europa bedeutet, was Rußland auf die Länge nicht zu ertragen vermag; denn sein asiatischer Weizen reift eben nur langsam.

Acht Jahre dauert nun die Herrschaft der Bolschewisten. Das Glück, das sie dem russischen Volke versprochen haben, ist immer noch nicht in die weiten Gefilde des Heiligen Rußland eingekehrt. Aber auch die Hoffnungen der Emigranten haben sich nicht erfüllt. Ihrer viele ersehnen die Rückkehr und möchten nicht auf fremder Erde sterben. Das Rückenbeugen unter dem Caudinischen Joch durch wird ihnen kaum erspart bleiben. Auch das übrige Europa wird sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Herrschaft des Proletariates etwas Dauerndes ist in Rußland, eine politische Form, die dem russischen Volke besser entsprechen mag als irgend einem anderen Volke, sowie Mussolini in Italien leichter regiert als etwa in Frankreich. Die englische Auffassung, speziell die der Liberalen, daß Europa den Bolschewismus nicht zu unterwerfen, wohl aber zu entgiften vermöchte, ist bereits Allgemeingut geworden. Doch der Weg nach Rußland geht über Kredite. Noch hat ihn der westeuropäische Kapitalismus nicht oder nur zögernd betreten. Die Tschitscherin und Rykow werden ihm ganz andere Garantien bieten müssen, als sie es bisher getan haben. Vom Nachfolger Frunses, dem neuen Oberbefehlshaber über die rote Arme, hängt es ab, ob der Friedensbereitschaft Rußlands geglaubt werden darf und ob die Russen das gewünschte Geld bekommen oder nicht. -ch-